



## ATOMAUSSTIEG JETZT! OHNE WENN UND ABER

So gut es sich anhört, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie und damit auch das Ende der beiden alten Pannenreaktoren von Biblis A und B beschlossen hat, so viele Fragen stellen sich doch bei einem genaueren Betrachten der Beschlüsse.

### DAS UMDENKEN IST DA

Die Atomkatastrophe von Fukushima hat CDU und FDP, die immerhin noch im Herbst des vergangenen Jahres kompromisslos eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke durchsetzten, zu einem gewissen Umdenken veranlasst. Nun kommt es darauf an, dass auch wirklich und endgültig aus der Atomenergie ausgestiegen und konsequent in den Ausbau der erneuerbaren Energien eingestiegen wird.

### KALTRESERVE BIBLIS B?

Was bedeutet das für Hessen?. Die Atomkraftwerke Biblis A und B gehören zu den ältesten Meilern Deutschlands und sind seit Beginn des von der Bundesregierung verhängten Moratoriums vom Netz. Das muss auch endgültig so bleiben.

Wenn allerdings die Rede davon ist, dass Biblis B als eine Art „Kaltreserve“ gehalten werden soll, blinken alle Alarmlampen. Technisch ist es völlig unsinnig, ein Atomkraftwerk als „Kaltreserve“ nutzen zu wollen. Ein Kraftwerk, das bei dem Ausfall anderer Möglichkeiten der Energieversorgung schnell zugeschaltet werden muss, muss

flexibel sein. Es dauert aber tagelang, ein Atomkraftwerk wieder in Betrieb zu bringen. Hier sind flexible Gaskraftwerke notwendig und keine schwerfälligen Atomkraftwerke. Also ist auch das



kein Grund, Biblis B jemals wieder ans Netz gehen zu lassen.

Vor allem aber muss die Strategie beim Ausbau der erneuerbaren Energien stimmen.

*Fortsetzung S. 2*

## FLUGLÄRMBELASTUNG IM RHEIN-MAIN-GEBIET

### Schutz der Bevölkerung muss endlich mehr Beachtung finden

Die Beschwerden über erhöhte Fluglärmbelastung im Rhein-Main-Gebiet häufen sich, nicht zuletzt auch bei uns in der Fraktion. Grund dafür ist, dass seit dem 10. März 2011 die sogenannten Gegenanflugstrecken gegenüber ihrer bisherigen Führung verlagert worden

halten, wodurch faktisch auch ein relativ breiter Lärmteppich erzeugt wird.

### KEINE BETEILIGUNG

Die Gegenanflugstrecken sind grundsätzlich für beide Betriebsrichtungen gültig, wobei sie unterschiedlich stark belegt sind. So wird beispielsweise die Gegenanflugstrecke über dem Stadtgebiet von Wiesbaden stärker bei stabilen Hochdruckwetterlagen genutzt, wie sie an Ostern 2011 bestand. Deshalb war die – neuerlich angewachsene – Fluglärmbelastung über die Feiertage auch sehr deutlich zu erfahren.

lich zuständig, deren Planungen sodann von Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung, einer nachgeordneten Behörde des Bundesverkehrsministeriums und des Luftfahrtbundesamtes genehmigt werden. Das gesamte Verfahren läuft nach der gültigen Rechtslage ohne jede Beteiligung der Öffentlichkeit ab – so dass die Betroffenen es meist erst erfahren, wenn neue Flugrouten eingeführt werden.

*Fortsetzung S. 3*



Gesteigerte Belastung ist hör- und auch sichtbar

sind, die nördliche um knapp 3 km nach Norden, die südliche etwas weniger in Richtung Süden. Dazu muss man noch wissen, dass die Flugrouten jeweils einen knapp 2 km breiten Korridor bein-

Für die Festlegung der Flugrouten und somit auch der Gegenanflugstrecken ist die Deutsche Flugsicherung (DFS) fach-

### AUS DEM INHALT

Zwei-Säulen-Schulmodell	S. 3
Zukunftsenergie 2030	S. 4
GRÜNE Agrarpolitik	S. 4
Spielhallengesetz	S. 6
Vergaberecht	S. 6
Minderheitsrechte	S. 7
Datenschutz	S. 8



Fortsetzung von S. 1

Und da machen die von Bundesumweltminister Röttgen geplanten Verschlechterungen beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz keinen Sinn, sie sind absolut kontraproduktiv. So ist es falsch, den Ausbau von Windkraftanlagen auf See stärker zu fördern und gleichzeitig den im Binnenland zu erschweren. Der Ausbau auf hoher See ist viel teurer und das Geld würde wieder allein in die Kassen der Großkonzerne fließen. Nein, vor allem in Süddeutschland muss die Windkraft kräftig ausgebaut werden, und dies bedeutet, dass sie auch in Hessen nicht mehr blockiert werden darf. Wer die Energiewende will, der muss für 2020, anders als die Bundesregierung, mehr als 35 % erneuerbare Energien beim Strom als Ziel haben.

### GEMEINSAM LÖSUNGEN FINDEN

Um die Energiewende voran zu bringen, arbeiten wir auch an dem von Ministerpräsident Bouffier einberufenen „Energiegipfel“ mit. Zwar hatte der Gipfel mit einigen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen, die wir aber verringern konnten. So waren zunächst nur Vertreter der Landtagsfraktionen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände, der Kraftwerksbetreiber RWE und E.ON und des Bundesverbandes der erneuerbaren Energien eingeladen, nicht aber des Verbands der kommunalen Unternehmen und der Umwelt- und Natur-



Biblis Umzingelung 2010

schutzverbände. Wer aber wirklich einen breiten gesellschaftlichen Konsens und eine sinnvolle Lösung zur dezentralen und erneuerbaren Energieversorgung will, der darf diese beiden Gruppen nicht ausschließen. Zum zweiten Treffen des „Energiegipfels“ wurden sie jetzt auch geladen, und sie arbeiten mit.

### ENERGIEGIPFEL MUSS ERGEBNISSE BRINGEN

Wir werden aber nicht zulassen, dass dieser „Energiegipfel“ zu einer Alibiveranstaltung wird, nichts Konkretes in Hessen tun zu müssen. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien liegt Hessen unter den Bundesländern leider noch auf einem abgeschlagenen Platz. Bis September wollen wir Ergebnisse sehen und die ersten Maßnahmen auf den Weg bringen, damit es mit der Energiewende endlich auch in unserem Bundesland vorangeht.

Aber auch in den Kommunen, wo wir bei der Kommunalwahl schöne Erfolge erzielt haben, können wir die Energiewende voranbringen. So können wir

dafür sorgen, dass die kommunalen Gebäude fit für die Energiewende gemacht werden und die Bürgerinnen und Bürger durch Informationen und Anreize dazu anregen, ihre Häuser zu dämmen, sich für Bürgerkraftwerke zu engagieren und bei Bedarf die energieeffizientesten Haushaltsgeräte zu kaufen.

### DIE ENERGIEWENDE SELBST UNTERSTÜTZEN

Und das zeigt, dass auch jede und jeder Einzelne aktiv mithelfen kann, die Energiewende endlich einzuleiten. Etliche Stromversorger bieten zertifizierten Ökostrom an. Falls der örtliche Versorger einen solchen Tarif nicht anbietet, ist der Wechsel zu einem Ökostromanbieter ohne jeden Atomstromanteil unter [www.atomausstieg-selber-machen.de](http://www.atomausstieg-selber-machen.de) sofort und ganz einfach möglich.

Es gibt viele Notwendigkeiten und Möglichkeiten für die Energiewende einzutreten. Schließlich haben die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land schon genug Zeit verloren. Die Energiewende muss jetzt ohne Wenn und Aber erfolgen. Dafür werden wir GRÜNE uns auf allen Ebenen einsetzen.

Tarek Al-Wazir  
Fraktionsvorsitzender

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Energie

### ENERGIEGIPFEL FÜR HESSEN?

Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat anlässlich der Katastrophe von Fukushima und den darauf folgenden Diskussionen zum Ausstieg aus der Atomenergie Vertreter der Landtagsfraktionen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände, der Kraftwerksbetreiber RWE und EON und des Bundesverbandes der erneuerbaren Energie eingeladen (inzwischen auch der Stadtwerke und der Naturschutzverbände), einen gesellschaftlichen Konsens über die künftige Energieversorgung in Hessen zu finden.

Bei der ersten Sitzung am 5. April 2011 haben sich die Teilnehmer geeinigt, „vier Arbeitsgruppen zu beauftragen, in einem breiten Spektrum unter Berücksichtigung der Bedarfe der Hessischen Verbraucher und der Hessischen Wirtschaft und Industrie, Vorschläge für eine saubere, sichere, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte zukünftige Energieversorgung zu erarbeiten, die sich in den europa- und bundesrechtlichen Rahmenvorgaben bewegt.“

1. AG „Ausbau eines zukunftsfähigen Energiemixes aus erneuerbaren und fossilen Energien in Hessen“
2. AG „Identifizierung von Energieeffizienz- und Energieeinsparpotentialen in Hessen“
3. AG „Anforderungen an eine verlässliche und versorgungssichere Energieinfrastruktur in Hessen“
4. AG „Gesellschaftliche Akzeptanz einer veränderten Energiepolitik in Hessen“



Fortsetzung von S. 1

Problematisch ist in diesem Zusammenhang zusätzlich, dass die Aufgaben der DFS nach § 27 c LuftVG zwar in der Abwicklung eines sicheren, geordneten und flüssigen Luftverkehrs definiert sind, hierbei aber der Lärmschutz nicht genannt ist.

Aus unserer Sicht ist es deshalb besonders wichtig, dass durch Änderung des Luftverkehrsgesetzes für die Flugroutenfestlegung endlich ein Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung vorgeschrieben wird, so dass Einsprüche von Betroffenen vorgebracht werden können und von der Behörde auch zu würdigen sind. Mit einer weiteren Änderung wollen wir, dass zu den originären gesetzlichen Aufgaben der Flugsicherung auch der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm gehört, damit dieser Aspekt bei der Planung von Routen von Anfang an gleichrangig mit der Sicherheit Beachtung findet.

Die jetzt erfahrenen Folgen der Flugroutenverschiebung sind bedauerlicherweise erst der Anfang wachsender Belastungen der Rhein-Main-Region durch



Besonders im niedrigen Landeanflug sehr laut

O. Fischer / pixello.de

den Fluglärm. Diese Maßnahme diene nämlich der Vorbereitung der Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nordwest, die ab Oktober erfolgen soll. Damit wird bekanntlich das Ziel verfolgt, dass immer mehr Flugbetrieb am Flughafen Frankfurt ermöglicht wird, was somit auch bedeutet, dass die Routen immer dichter belegt werden und in Folge davon die Fluglärmbelastung immer größer werden wird.

### WORTBRUCH DER LANDESREGIERUNG

Diese Folge des Ausbaus hatten wir bereits von Anfang der Debatte um den Flughafen ausbau an deutlich beschriebenen und auch in diversen Wahlkämpfen thematisiert. Da die Befürworter des Ausbaus diese Wahlen stets gewonnen haben, müssen wir konsta-

tieren, dass bei der Bevölkerung das Fluglärmproblem überwiegend nicht als wahlentscheidend bewertet wurde – selbst nicht an Orten, die damals schon hoch belastet waren. Die hessische CDU / FDP - Regierung hat übrigens anschließend alle Menschen im Rhein-Main-Gebiet beschissen – indem sie erst hoch und heilig das Nachtflugverbot versprochen hatte und nun aktuell dagegen vor Gericht zu Felde zieht. Der Kampf um die Durchsetzung eines Nachtflugverbots, also einer nächtlichen Betriebsruhe am Flughafen und damit wenigstens einiger Stunden Nachtruhe zum Schlafen wird von uns weiter geführt und keineswegs als aussichtslos betrachtet. So wenden wir uns auch strikt gegen die Versuche der CDU / FDP - Koalition in Berlin, ein Nachtflugverbot gesetzlich zu verbieten, wie es der Koalitionsvertrag vom Herbst 2009 vorsieht. Wir werden uns jedenfalls weiterhin für den Schutz der Menschen im gesamten Rhein-Main-Gebiet vor Fluglärmbelastungen einsetzen.

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -

Themen - Frankfurter Flughafen

## ZWEI-SÄULEN-SCHULMODELL IN HESSEN ERMÖGLICHEN

In der Plenarsitzung im Mai haben wir erneut für ein Zwei-Säulen-Schulmodell geworben. Neben dem Gymnasium mit G8 soll es eine weitere Schulform mit längerem gemeinsamem Lernen geben, die alle Abschlüsse anbietet – auch das Abitur nach 13 Schuljahren (G9). Während immer mehr Bundesländer, die Hälfte unter CDU-Führung, längst die Weichen in diese Richtung gestellt haben, will die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Einführung der Mittelstufenschule und dem ideologischen Festhalten an einem strikt gegliederten Schulsystem Hessen bundesweit in eine Sackgasse führen. Dass das Zwei-Säulen-Modell das Potenzial hat, alte ideologische Gräben zu überbrücken, zeigt ein Blick ins Saarland. Dort wird gerade mit Unterstützung von CDU, FDP, GRÜNEN und Linken genau



der Weg beschritten, den wir auch für Hessen vorschlagen.

### NEUE SCHULE UND GYMNASIUM

Viele Eltern können und wollen nicht nach der vierten Klasse entscheiden, auf welche Schulform ihr Kind künftig gehen soll. Sie wollen auch nicht eine immer kompliziertere Schullandschaft. Sie wollen schlicht die Sicherheit, dass sie mit der Wahl der weiterführenden Schu-

le nichts falsch machen können. Ein leistungsfähiges Zwei-Säulen-Schulsystem würde diesem Wunsch vieler Eltern nach einem möglichst langen Offenhalten aller Bildungsabschlüsse und individueller Förderung Rechnung tragen. Mit unserem Modell der Neuen Schulen haben wir hierzu ein Konzept vorgelegt und einen entsprechenden Änderungsantrag zum Schulgesetz eingebracht.

Wir wollen niemandem diesen Weg von oben vorschreiben, sondern setzen darauf, dass die Neue Schule von unten durch entsprechende Beschlüsse der Schulgemeinden und Schulträger wächst. Wir setzen auf Ermöglichen statt Verordnen.

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -

Themen - Bildung



# ZUKUNFTSENERGIE 2030 - 100% ERNEUERBARER STROM

Wir haben unser Ende 2007 vorgestelltes Konzept „ZukunftEnergie für Hessen“ aktualisiert und zeigen auf, wie Hessen bis zum Jahr 2030 zu hundert Prozent mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden kann. Im Verhältnis zum damaligen Energiekonzept wird sich der erneuerbare Strommix allerdings weniger auf die Photovoltaik und dafür verstärkt auf die Windkraft stützen. Grund dafür ist die technische Weiterentwicklung und die größere Wirtschaftlichkeit der Windenergie. Mit einer Reduzierung des Stromverbrauchs um ein Viertel wird die Energieeffizienz, also die Vermeidung von Stromvergeudung, aber auch in der Fortschreibung unseres Konzepts an der Spitze des neuen Umgangs mit Energie stehen.

Hessen liegt seit Jahren beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf einem der hintersten Plätze, und es ist kein Fortschritt zu erkennen. Gleichgültig, ob der Ministerpräsident Koch oder ob er Bouffier heißt, in Hessen wurde hier nichts auf den Weg gebracht. Wir zeigen, auf, wie

das Ziel der Stromversorgung durch erneuerbare Energien bis zum Jahr 2030 erreicht werden kann:

**ENERGIEVERMEIDUNG UND ENERGIEEFFIZIENZ:** Die nachhaltigste Form der Energieerzeugung ist die Vermeidung von Strombedarf. Bis 2020 können in ersten Schritten 12,5 Prozent des Stromverbrauchs, das entspricht 4,8 TWh, eingespart und bis 2030 können 25 Prozent, gleich 9,5 TWh, eingespart werden.

**WINDENERGIE:** In Hessen kann die Windenergie erheblich ausgebaut werden: von 0,7 TWh im Jahr 2011 auf 11,3 TWh im Jahr 2030. Zuerst werden zusätzliche Windkraftanlagen gebaut werden, in den darauf folgenden Jahren werden schon bestehende Anlagen technisch so verbessert werden, dass

pro Windkraftanlage ein immer höherer Energieertrag erzielt werden kann. Die zweite Säule wird der Import der Windkraft aus dem Meer sein. Hiervon wird Hessen nach unserer Berechnung im Jahr 2030 9,5 TWh importieren können.

## DIE DREI E'S: EINSPARUNG, EFFIZIENZ & ERNEUERBARKEIT

**PHOTOVOLTAIK:** Im Gegensatz zum Energiekonzept von 2007 reduziert sich die Stromproduktion aus Sonnenenergie auf Grundlage neuer Prognosen von 8,5 TWh auf 3,9 TWh. Dennoch ist sie die drittstärkste Säule zur Deckung des Strombedarfs im Jahr 2030.



Windenergie wird auch in Hessen eine wichtige Rolle spielen

Andrea Kusajada / pixelio.de

**BIOMASSE:** Auch bei der Biomasse werden die Daten an die neuesten Erkenntnisse angepasst. Bei deren energetischen Nutzung sollte grundsätzlich auf höchste Effizienz geachtet werden, um die vorhandenen Rohstoffe optimal und nachhaltig zu verwerten. Reststoffe wie Altholz, Bio- und Grünabfälle sowie Klärschlamm sollen stärker genutzt werden. Hier wird die Stromerzeugung 2030 bei 2,55 TWh liegen.

**WASSERKRAFT:** Auch ein Ausbau der Wasserkraft ist nur in eingeschränktem Umfang möglich und konzentriert sich auf die Modernisierung bestehender Anlagen. Damit ist eine Stromproduktion von 1,3 TWh im Jahr 2030 möglich.

**FOSSILE KRAFTWERKE:** In unsere Rechnung beziehen wir den Neubau eines großen und zweier kleinerer Gaskraft-

werke mit einer möglichen Erzeugung im Umfang von 16,8 TWh ein. Zusätzlich gehen wir davon aus, dass in Zukunft eine stark steigende Zahl von kleinen, in Privathäusern betriebenen Blockheizkraftwerken zur Verfügung stehen werden. Auch der in diesen Klein-BHKWs gewonnene Strom wird zusätzlich zur Verfügung stehen, ist aber in den Berechnungen noch nicht berücksichtigt, da sich die Ausbaugeschwindigkeit momentan noch nicht seriös vorhersagen lässt. Die Kapazitäten von zusätzlichen Gaskraftwerken helfen kurzfristig, den Importbedarf von nicht-erneuerbarem Strom nach Hessen schon im Jahr 2020 fast überflüssig zu machen.

**MASSNAHMEN:** Um dies alles auch realisieren zu können, haben wir bereits in den vergangenen Jahren viele Vorschläge gemacht. Darunter fällt die Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Energieeinspar- bzw. Effizienzsteigerungsmaßnahmen genauso wie vier ZukunftEnergie- und Klimaschutzgesetze, die z. B. die Voraussetzungen im Planungsbereich und für die Umsetzung der Energiewende in den Kommunen schaffen. Ein Landeskataster für erneuerbare Energien gehört genauso dazu wie ein Gesetz zur unterirdischen Verlegung von Hoch- und Höchstspannungsleitungen in der Nähe von Siedlungen.

Wir haben nicht nur ein Konzept, wie wir Hessen im Jahr 2030 mit Strom allein aus erneuerbaren Energien erzeugen können, wir haben auch bereits eine Reihe von Maßnahmen vorgelegt. Dies alles kann somit schnell auf den Weg gebracht werden, und Hessen könnte von seinem unrühmlichen hinteren Platz bei den erneuerbaren Energien in die erste Liga aufsteigen.

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Energie



# GRÜNE AGRARPOLITIK FÜR HESSEN

Wir wollen Hessens Landwirtschaft stärker an den Wünschen der Verbraucher orientieren und die landwirtschaftliche Produktion insgesamt klima-, umwelt- und tierschutzfreundlicher machen. Dazu haben wir ein Konzept mit entsprechenden Maßnahmen für die Landes-, Bundes- und EU-Ebene vorgelegt. Unser Ziel ist es, in Hessen möglichst viele Betriebe und eine flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten. Das wird aber nur mit einer Orientierung an den Verbrauchervünschen sowie einer Ökologisierung der Landwirtschaft gelingen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir allein auf den Ökologischen Landbau setzen. Derzeit wirtschaften neunzig Prozent der Betriebe in Hessen konventionell. Diesen Betrieben wollen wir Angebote machen, um sich stärker an ökologischen Fragestellungen und den Wünschen der Verbraucher auszurichten. Damit ergeben sich neue und zukunftsfeste Chancen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe.

## REGIONAL UND FAIR

**ARTGERECHTE HALTUNG:** Insbesondere in Nordhessen haben die Grünen festgestellt, dass es immer mehr Intensivtierhaltung gibt. Die Tiere werden dabei nach unseren Vorstellungen nicht artgerecht gehalten. In der Regel müssen größere Mengen an Medikamenten und Antibiotika eingesetzt werden, um die Tiere aufgrund der Haltungsbedingungen in der Mastperiode gesund zu

halten. Die Rückstände des Medikamenteneinsatzes erhalten die Verbraucher dann auf dem Teller. Wir wollen erreichen, dass artgerecht erzeugtes Fleisch aus Hessen in hiesigen Märkten verkauft wird und die Bauern dafür faire Preise erhalten. Außerdem muss für Verbraucher klar erkennbar sein, wie die Tiere gehalten wurden. Wir schlagen deshalb beispielsweise vor, dass der Bau neuer Ställe nur dann mit Steuermitteln gefördert wird, wenn die Tiere nach strengen Kriterien artgerecht gehalten werden.

## ÖKOLOGIE UND VERBRAUCHERSCHUTZ STÄRKEN

**MEHR TRANSPARENZ:** Wir wollen, dass die Landesregierung Kriterien für eine freiwillige Kennzeichnung von tiergerecht erzeugtem Qualitätsfleisch aus Hessen entwickelt. So sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher Produkte aus tiergerechter hessischer Haltung schnell und sicher erkennen können. Auch auf Bundes- und EU-Ebene muss sich Hessen für eine solche Kennzeichnung einsetzen.

**GENTECHNIKFREI:** Derzeit sind Hessens Äcker noch frei von Gentechnik. Das soll aus unserer Sicht auch so bleiben. Wir fordern die Landesregierung unter anderem auf, dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ beizutreten. Wir wollen, dass Saatgut frei von Gentechnik bleibt und dass die Hersteller von gentechnisch veränderten Pflanzen die Haftung für Schäden durch

Gentechnik übernehmen.

**UMWELTGERECHTE BIOENERGIE:** Für uns ist die Erzeugung und Nutzung von Bioenergie ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende. Allerdings gibt es mittlerweile in manchen Regionen Fehlentwicklungen durch den übermäßigen Anbau von Energiemais für Biogasanlagen. Hier zeigt unser Konzept Möglichkeiten auf, wie diese Tendenzen abgestellt werden könnten.

**ACKERBAU:** Aber auch im Ackerbau können und müssen in Hessen neue Weichen für den Klima- und Umweltschutz gestellt werden. Wir wollen deshalb unter anderem den Anbau von stickstoffsammelnden Pflanzen (Leguminosen) angemessen fördern. Diese Pflanzen haben eine Vielzahl von positiven Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und die Artenvielfalt.

**BIENEN SCHÜTZEN:** Die intensive Landwirtschaft hat dazu beigetragen, dass es immer weniger Blühpflanzen als Nahrungsquelle für die Bienen gibt. Hier muss dringend gegengesteuert werden.

**LEITBILD ÖKOLOGISCHER LANDBAU:** Für uns ist der ökologische Landbau nach wie vor das Leitbild für die Landwirtschaft. Er wird den neuen Herausforderungen Umwelt, Klima, Biodiversität, Wasser, Arbeit und Verbraucherverwartungen am besten gerecht. Unser Ziel ist es, die ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche von jetzt zehn auf zwanzig Prozent in 2020 zu steigern. Deshalb wollen wir den ökologischen Landbau verlässlich fördern und durch angemessene Maßnahmen zur Marktentwicklung, Forschung und Information entsprechend unterstützen. Auch die Beratung der Landwirte durch das Land Hessen und die Ausbildung der angehenden Landwirte soll nach unserer Vorstellung überarbeitet und an die neuen Herausforderungen angepasst werden.

## KONZEPTE FÜR HESSEN?

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. DIE GRÜNEN wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für GRÜNE Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: **Konzepte für Hessen – Mit GRÜN geht's besser!**

  
Tarek Al-Wazir - Fraktionsvorsitzender

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Landwirtschaft



## SPIELHALLENGESETZ ERNEUERN

In Hessens Kommunen sprießen sie nur so aus dem Boden und verursachen eine Vielzahl von sozialen Problemen: Spielhallen. Sie beeinträchtigen nicht nur das Stadtbild, sondern bergen vor allem ein hohes Suchtpotenzial. Das Therapieinstitut München geht davon aus, dass 60 Prozent der Automatenspieler bereits spielsüchtig sind oder aber ihre Entwicklung konkret auf die Sucht zu steuert.



Es gibt zu viele davon in Hessen

Auch die Ergebnisse des Projektes Pathologisches Glücksspiel und Epidemiologie (PAGE) weisen darauf hin, dass die Spielerinnen und Spieler in Spielhallen ein sechsfach erhöhtes Risiko haben, abhängig zu werden. Ein Großteil dieser Menschen gerät nahezu zwangsläufig in die Schuldenfalle. Darüber hinaus wird

nach Angaben des Landeskriminalamtes ein Anstieg von Straftaten im Umfeld von Spielhallen verzeichnet. Die Lage verschärft sich zusehends – insbesondere durch einen rasanten Anstieg von Neueröffnungen. Während im Jahr 2000 auf 11.529 Einwohnerinnen und Einwohner ein Spielhallenstandort kam, erhöhte sich das Aufkommen auf 8.484 Einwohnerinnen und Einwohner pro Spielhallenstandort im Jahr 2010.

### GRÜNER VORSCHLAG LIEGT VOR

Mitte April 2011 haben wir einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Erklärtes Ziel ist es den Kommunen Instrumente an die Hand zu geben, um Suchtprävention, Jugend- und Anwohnerschutz sowie Spielerschutz wirkungsvoll umsetzen zu können. Die wichtigste Stellschraube ist die Verschärfung der Erlaubnisvoraussetzung für die Eröffnung und den Betrieb einer Spielhalle. Die Spielhallen sollen zukünftig – genau wie Casinos – Eingangskontrollen vornehmen und

Minderjährige und Spielsüchtige den Zutritt verwehren. Darüber hinaus sieht der Gesetzentwurf Schulungsnachweise zum Thema Suchtprävention und –kämpfung für das in den Spielhallen tätige Personal, Kontrollpflichten des Betreibers bezüglich der ordnungsgemäßen Funktion der Geräte sowie eine Sperrstunde von 3 Uhr bis 11 Uhr vor. Auch die massive Ausdehnung der Spielhallen soll eingeschränkt werden. Der Gesetzentwurf erlaubt nur noch eine Spielhalle pro 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde, die auch nicht mehr als 25 Spielautomaten haben darf. Um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten, sieht der Gesetzentwurf einen Übergangszeitraum von 5 Jahren vor. Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf diese Diskussion zu einem konkreten Ergebnis bringen und damit den Kommunen ein wirksames Instrument an die Hand geben.

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Innenpolitik

## SCHLINGERKURS BEIM VERGABERECHT IN HESSEN

Es ist völlig unverständlich dass CDU und FDP, die öffentliche Auftragsvergaben auch in Hessen nachträglich veröffentlichen zu müssen, abgelehnt haben. Dies – und damit die Korrektur des entsprechenden Runderlasses der Landesregierung aus dem Herbst – hatten wir u.a. als Konsequenz aus der fehlerhaften Auftragsvergabe der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) beantragt. In einer Sitzung des Haushaltsausschusses im Mai zeigten CDU und FDP keinerlei Einsicht.

Obwohl Finanzminister Schäfer (CDU) bereits vor Wochen eingeräumt hat, dass wir mit unserer Kritik Recht hatten und sich dafür bedankt hat, dass so die fehlerhaften Auftragsvergaben ge-



stoppt und dem Land Hessen bares Geld gespart werden konnte. Im Gegensatz dazu haben die Fraktionen von CDU und FDP aus unserer Aufdeckung der Fälle offenbar den Schluss gezogen, künftig solche Kontrollen, z.B. durch die Fraktionen im Hessischen Landtag, zu verhindern. Dies widerspricht all ihren Lippenbekanntnissen zu einem fairen und transparenten Vergaberecht!

### HESSEN IM ABSEITS

Hessen ist das einzige Bundesland, das die öffentliche Verwaltung nicht dazu verpflichtet, Auftragsvergaben nachträglich zu veröffentlichen. Es ist vollkommen unverständlich, warum CDU und FDP hier – gerade nach den Erfah-

rungen im vergangenen Herbst – aus dem Konzert der Länder ausscheren wollen. Dabei gibt es auch keinerlei Widerspruch zur vorherigen Veröffentlichung: Es geht hier nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl-als-Auch. Was spricht denn gegen eine nachträgliche Veröffentlichung, die z.B. auch der Zentralverband des deutschen Handwerks „unverzichtbar“ nennt? Wem nützt eigentlich der Verzicht auf die nachträgliche Veröffentlichung? Wir hoffen dass sich die teilweise durchscheinenden Erkenntnisse des Ministers noch durchsetzen, damit wir ein sinnvolles Vergaberecht in Hessen bekommen. Wir werden uns jedenfalls weiter dafür einsetzen und bis dahin genau hinschauen.

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Wirtschaft



# MINDERHEITSRECHTE IM HESSISCHEN LANDTAG

## CDU und FDP müssen endlich zur Aufklärung beitragen

Die Opposition in einem Parlament hat gewisse Rechte was die Kontrolle der Regierung und der sie tragenden Fraktionen angeht. Eines dieser Rechte ist der Untersuchungsausschuss. Derzeit laufen zwei Untersuchungsausschüsse im Hessischen Landtag, der Untersuchungsausschuss zum „Steuerfahnder-Mobbing“ (UNA 18/1) und der Untersuchungsausschuss zur sogenannten „Polizeichaffäre“ (UNA 18/2).

### STAATSGERICHTSHOF STÄRKT DIE MINDERHEITSRECHTE

In beiden Fällen haben die Fraktionen von CDU und FDP bislang wenig zur Aufklärung beigetragen, im Gegenteil.

Im UNA 18/1 haben sie versucht die Arbeit des Ausschusses dadurch zu stören, dass sie ausufernde Beweisanträge gestellt haben, die den Untersuchungsauftrag des Ausschusses ad absurdum geführt hätten. Dem hat der Staatsgerichtshof jetzt einen Riegel vorgeschoben, in dem er einer Klage von SPD und GRÜNEN in den wesentlichen Punkten Recht gegeben hat. Es ist gut, dass der Staatsgerichtshof uns in allen wesentlichen Punkten Recht gegeben hat. Der Staatsgerichtshof hat klargestellt, dass die parlamentarische Mehrheit den Gegenstand eines Untersuchungsausschusses nicht verdrehen darf. Das wäre aber geschehen, wenn die Erweiterung



Manchmal muss die Justiz entscheiden

gen und Beweisanträge von CDU und FDP Erfolg gehabt hätten. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist ein wesentliches Recht der Opposition und muss es auch bleiben.

### WIEDER VERSUCHEN CDU UND FDP DIE RECHTE DER MINDERHEIT ZU UNTERGRABEN

Im zweiten Untersuchungsausschuss dieser Legislatur, dem UNA 18/2, sieht es nicht viel besser aus. CDU und FDP haben hier verschiedene Beweisanträge, in denen es unter anderem um Zeugenvernehmungen als auch um die Erstellung von Gutachten geht, nicht zugelassen. Nach einer Prüfung der

Staatsrechtlerin Prof. Dr. Ute Sacksofsky, klagen SPD und GRÜNE jetzt auch in diesem Fall vor dem Staatsgerichtshof. Aus Sicht der Staatsrechtlerin ist nicht zu erkennen, dass die hier in Rede stehenden abgelehnten Beweisanträge sachwidrig oder gar missbräuchlich gewesen seien. Auch widersprächen sie nicht den Beweiserfordernissen der zugrunde liegenden IPA-Regeln oder der Strafprozessordnung. Die Ablehnung durch die Ausschussmehrheit sei deshalb verfassungswidrig. Wir werden das Urteil natürlich abwarten, sind aber wirklich guter Dinge, dass auch hier das Gericht in unserem Sinne entscheiden wird.

### AUFKLÄREN ODER AUSSITZEN

CDU und FDP müssen sich jetzt und künftig entscheiden welches Bild sie den Bürgerinnen und Bürgern bieten wollen. Wer versucht die verfassungsmäßigen Rechte der Minderheit mit Tricks und Kniffen mit Füßen zu treten, der hat scheinbar wenig Interesse an einer sachlichen Aufklärung und leistet damit der Politik bzw. Politikerverdrossenheit weiter Vorschub. Das kann aber sicher auch nicht im Interesse der Regierungsfraktionen sein, CDU und FDP sollten sich überlegen ob sie nicht lieber konstruktiv mitarbeiten und die Vorwürfe konsequent aufklären wollen. Das liegt sicher im Interesse der Opposition, der Bürgerinnen und Bürger und letztendlich auch in ihrem eigenen Interesse. So wie bisher sollte es jedenfalls nicht weitergehen.

Weitere Informationen zum „Steuerfahnder-Mobbing“ (UNA 18/1) finden Sie unter:

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Finanzen

Und zur „Polizeichaffäre“ (UNA 18/2) unter:

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -  
Themen - Innenpolitik

### UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS?

Der Untersuchungsausschuss ist ein Ausschuss des Parlaments der zur Untersuchung von Sachverhalten dient, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt. In der parl. Demokratie spielen Untersuchungsverfahren eine wichtige Rolle. Parlamente erhalten dadurch die Möglichkeit, unabhängig und selbständig die Sachverhalte zu prüfen, die sie in Erfüllung ihres Auftrages als Vertretung des Volkes für aufklärungsbedürftig halten. Besonders diejenigen Sachverhalte die in den Verantwortungsbereich der Regierung fallen und auf Fehlverhalten hindeuten. Er dient damit der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrolle.

Er ist ein Ausschuss mit besonderen Rechten und besonderen Verfahren, kann die Vorlage von Akten verlangen und Zeugen vernehmen. Im Gegensatz zu sonstigen Ausschüssen gilt hier das Mehrheitsprinzip nur eingeschränkt. Die Minderheit hat das Recht, in gleicher Weise wie die Ausschussmehrheit an der Untersuchung mitzuwirken, insbesondere Beweisanträge zu stellen.



# NEUREGELUNG DES DATENSCHUTZES

## Ein langer Einsatz hat Erfolg und Hessen kann wieder an gute Tradition anknüpfen

Nach unserer Auffassung ist es mit dem gemeinsamen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Datenschutzes gelungen, dass Hessen wieder an seine Rolle als Stammland des Datenschutzes anknüpfen kann. Damit wird eine unserer langjährigen Forderungen nach einem unabhängigen Datenschutzkompetenzzentrum, das den öffentlichen und den privaten Datenschutz unter einem Dach bündelt, umgesetzt.

### BESSERE BERATUNG FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Mit der neuen Anlaufstelle kann eine starke Datenaufsicht installiert werden, die ihrer Beratungsfunktion noch stärker als bisher nachkommt. Als vordringlich sehen wir an, durch Beratung die Medienkompetenz von Kindern und Jugend-



So einfach ist es leider nicht

lichen zu stärken. Wichtig ist auch, dass beim privaten Datenschutz in Zukunft auch die völlige Unabhängigkeit gewährleistet sein wird. Beim öffentlichen Datenschutz ist dies schon seit 1971 der Fall, denn seit diesem Jahr ist der hessische Datenschutzbeauftragte dafür zuständig. Beim privaten Datenschutz war bisher das Regierungspräsidium Darmstadt zuständig, das dem Innenministerium unterstellt und damit nicht

unabhängig ist. Der Datenschutzbeauftragte unterliegt dagegen als oberste Landesbehörde weder einer Rechts- noch einer Fachaufsicht. Er wird zwar wie bisher vom Landtag gewählt, kann aber nur vom Staatsgerichtshof abberufen werden, wenn vorher im Landtag eine Zwei-Drittel-Mehrheit für diese Abberufung gestimmt hat.

### SYNERGIEEFFEKTE NUTZEN

Durch die Zusammenlegung von öffentlichem und privatem Datenschutz erwarten wir zudem konkrete Synergieeffekte. Diese Effekte kommen zum einen der Staatskasse und zum anderen vor allem der Sicherheit und Information von Bürgerinnen und Bürgern zugute.

[www.gruene-hessen.de](http://www.gruene-hessen.de) -

Themen - Datenschutz

## KURZ NOTIERT

### EBS

Wir kritisieren, dass die Werbekampagne der European Business School (EBS) „Wir sind Uni“ aus Fördermitteln des Landes finanziert wurde. Das hat Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann in einer Sitzung des Wissenschaftsausschusses mitgeteilt.

Während den öffentlichen Hochschulen ein zweistelliger Millionenbeitrag gekürzt wird, finanziert die private EBS eine Werbekampagne mit dem Geld der Steuerzahler. So sind zahlreiche Busse mit der Werbung der EBS und dem Slogan ‚Wir sind Uni‘ durch Wiesbaden gefahren. Da wurden in der Werbekampagne auch noch falsche Angaben gemacht, denn die Anerkennung der EBS als Universität ist noch gar nicht abgeschlossen. Wir halten die Finanzierung dieser Kampagne im Gegensatz zur Ministerin nicht für vertretbar.

Zudem vermissen wir weiterhin eine klare Aussage der Ministerin darüber, ob die EBS auch in Zukunft öffentliche Zuschüsse erhalten wird.

### GIRLS' DAY

Auch in diesem Jahr gab es wieder großes Interesse am Girls' Day Einblick in die Arbeit von Parlamentarierinnen und Parlama-

riern im Hessischen Landtag zu erhalten. Wir haben im April 30 Mädchen unter dem Motto „Frauen in Führungspositionen – na klar!“, begrüßt. Sie konnten das berufliche Leben der Landtagsabgeordneten kennenlernen und mit den weiblichen Abgeordneten den parlamentarischen Alltag erleben. Wir freuen uns, dass das Interesse so groß war. Da der diesjährige Girls Day parallel zu Tagung des Landtags stattfindet, konnten wir auch den Besuch einer Landtagsdebatte für die Mädchen organisieren. Wir haben mit ihnen über ihre Eindrücke diskutiert und alle waren begeistert mit dabei.

### KRACH UM FEIERTAGE

Unter dem Titel „Krach um Feiertage“ hat die Frankfurter Rundschau gemeinsam mit uns eine Diskussionsveranstaltung organisiert. Anlass ist die Auseinandersetzung um die Frage, ob man an „stillen Feiertagen“ in Frankfurt tanzen darf. Die Veranstaltung fand am Freitag, dem 13. Mai statt und war aus der Sicht der Beteiligten ein Erfolg. Wie eine Gesellschaft ihre gemeinsamen Feiertage begehen will, welche Tage dies überhaupt sein sollen und ob vielleicht künftig auch ein muslimischer Feiertag dazu zählen sollte, blieb am Schluss der von FR-Landtagskorrespondent Pitt von Bebenburg moderierten Diskussionsrunde unbeantwortet.

Dass nicht alles so bleiben solle, wie es ist, darüber waren sich jedoch Podium und Zuhörer einig. Wir werden das Thema weiter verfolgen.

### KOMMUNALKONFERENZ

Bei unserer jährlich stattfindenden Kommunalkonferenz mit den GRÜNEN Kommunalhauptamtlichen in Hessen, die in diesem Jahr am 10. und 11. März in Darmstadt stattfand, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die gemeinsamen Interessen und Vorhaben erörtert. Etwa die Hälfte der Hessinnen und Hessen leben in Kommunen oder Kreisen, in den GRÜNE als Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Dezernentinnen und Dezernenten an der kommunalen Stadt- oder Kreisregierung beteiligt sind. Dies zeigt, dass wir Motor und gestaltende Kraft auf kommunaler Ebene sind.

### IMPRESSUM

#### Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611/350 582

#### V.i.S.d.P.

Mathias Wagner - Parl. Geschäftsführer

**Redaktion & Layout:** Till Haupt

**Fotos:** Eigene, pixelio.de

Druck: Juni 2011